

Aktuelle Stellungnahme des 32. Parteitages

Gegen Privatisierung und Ausverkauf

Die KPÖ lehnt die von der Regierung im Koalitionsabkommen vorgesehenen Privatisierungen öffentlichen Eigentums ab.

Wir finden uns mit dem Neoliberalismus nicht ab. Dieser ist kein Sachzwang, sondern entspricht dem Interesse des Finanz- und Spekulationskapitals und der Konzerne. Soziale Sicherheit muss Ausgangs- und Endpunkt jeder Wirtschaftspolitik sein. Der Mensch kommt vor dem Profit...

Wir treten ein:

- Für eine Volksabstimmung zum Schutz des öffentlichen Eigentums vor Ausverkauf

- Für einen Privatisierungsstopp und den Wiederaufbau des gemeinwirtschaftlichen Sektors in allen Bereichen des öffentlichen Verkehrs, der Kommunikation, der Bildung, im Gesundheitswesen, der kommunalen und sozialen Dienstleistungen und im Wohnungswesen.

- || dass die ÖIAG von ihrer derzeitigen Rolle als Privatisierungsagentur in eine strategische Konzernzentrale für den verstaatlichten und gemeinwirtschaftlichen Sektor umgewandelt wird

- ∑ dass Österreich als kleines Land wieder eine starke verstaatlichte Industrie aufbaut, die Grundstoff- und Finalproduktion, Forschung und Entwicklung vereint.

- ∞ dass Infrastruktureinrichtungen wie Post, Telekom, Bahn, Elektrizitätswirtschaft und Verkehrsbetriebe im Interesse der Menschen dieses Landes und nicht für einige profitungrige Großaktionäre wirtschaften.

- ⊃ dass Post und Bahn nicht zerschlagen werden. Keine Ausgliederung und Privatisierung! Für staatliches Eigentum und demokratische Kontrolle.

- Für eine Offensive gegen Arbeitslosigkeit - Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors, Sonderbudgets für arbeitsplatzfördernde Maßnahmen, wobei öffentliche Investitionen und Subventionen sowie die Auftragsvergabe an die Privatwirtschaft an soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Auflagen gebunden sein müssen.

- ← Für den Ausstieg aus den GATS-Verhandlungen, die weltweit die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen zum Ziel haben.